



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Mobilität erhalten, Wertverlust verhindern: Keine neue Kennzeichnungspflicht für Diesel-Kraftfahrzeuge“ (Drs. 19/584)

Kommunen und Fahrzeugbesitzer im Diesel-Abgasskandal nicht im Stich lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 27. Februar 2018 zu möglichen Diesel-Fahrverboten auf

- zur Abwendung von Diesel-Fahrverboten in den besonders betroffenen Kommunen kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu entwickeln und zu beschließen und die Kommunen mit hohen Stickoxidwerten bei der Fortschreibung der Luftreinhaltepläne zu unterstützen
- die Kommunen mit den durch das Gericht aufgeworfenen Fragen nicht alleine zu lassen und gemeinsam mit ihnen ein langfristig wirkendes Konzept und Förderprogramm zu ihrer landeseinheitlichen Unterstützung und Beratung und zur Koordinierung der Maßnahmen zu entwickeln und dabei auch die Verkehrsverbände, Unternehmen und Verbände einzubeziehen
- im Interesse der Gesundheit der Anwohner und des Umweltschutzes alle möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität wie die Stärkung des ÖPNV, die Förderung der E-Mobilität, der verstärkte Ausbau des Radwegenetzes und die Digitalisierung des Verkehrs zu prüfen sowie neue, alternative Mobilitätskonzepte zu entwickeln
- gemeinsam mit der Bundesregierung die Automobilindustrie neben Software- auch zu kundenfreundlichen und kostenfreien Hardwarenachrüstungen zu verpflichten. Die Besitzer von Diesel-Fahrzeugen dürfen nicht für das Versagen der Automobilindustrie bestraft werden. Sie steht mit ihren Verkaufszusagen gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern in der

Pflicht und muss für die Nachrüstung oder den Ersatz der mit Mängeln behafteten Bestandsflotten sorgen.

- sich auf Bundesebene zur Stärkung der Interessen und der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher entschieden für eine schnellstmögliche Einführung einer Musterfeststellungsklage einzusetzen
- auf Bundes- und EU-Ebene darauf hinzuwirken, eine unzeitgemäße Protegierung der Automobilindustrie einzustellen. Im Sinne der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie braucht es nicht weniger, sondern mehr Druck zur Entwicklung und Herstellung von zukunftsfähigen, nachhaltigen und umweltschonenden Autos.

Begründung:

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 27. Februar 2018 zu möglichen Dieselfahrverboten bedarf es eines schnellen und abgestimmten Handelns seitens der Landesregierung, um die hohe Schadstoffbelastung in den betroffenen Städten rasch und deutlich zu senken und langfristig dazu beizutragen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die Verbraucherinnen und Verbraucher mit den Folgen der durch die Manipulationen der Automobilindustrie erhöhten Schadstoffbelastung der Luft nicht alleine gelassen werden.

Kai Vogel
und Fraktion